



**Andreas Jung**

Mitglied des Deutschen Bundestages



**Thorsten Frei**

Mitglied des Deutschen Bundestages



**Felix Schreiner**

Mitglied des Deutschen Bundestages

# Pressemitteilung

## Fluglärm: Abgeordnete unterstützen Vorgehen in Fluglärmfrage

Die Abgeordneten Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner sehen ein Mediationsverfahren als Chance für eine einvernehmliche Lösung der Fluglärm-Diskussion.

Berlin, 08.03.2019

**Andreas Jung, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 77077  
Telefax: +49 30 227 76253  
andreas.jung@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Hofhalde 12  
78462 Konstanz  
Telefon: +49 7531 916 9878  
Telefax: +49 7531 916 9880  
andreas.jung@bundestag.de

**Thorsten Frei, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 73972  
Telefax: +49 30 227 76972  
thorsten.frei@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen - Schwenningen  
Telefon: +40 7721 995 3544  
Telefax: +49 7721 995 3545  
thorsten.frei@bundestag.de

**Felix Schreiner, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 72065  
Telefax: +49 30 227 70066  
felix.schreiner@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen**

Hauptstraße 18  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: +49 7741 835 4490  
Telefax: +49 7741 835 4495  
felix.schreiner@bundestag.de

Die Bundestagsabgeordneten Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner begrüßen die Benennung eines Vermittlers in der Fluglärm-Diskussion mit der Schweiz.

Damit stellen sich die Abgeordneten hinter das Vorgehen der Landräte Frank Hämmerle (Konstanz) Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar-Kreis) sowie Dr. Martin Kistler (Waldshut) und des Bundesverkehrsministeriums. Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger hatte zuvor mitgeteilt, dass Wolfgang Schneiderhan, früherer Generalinspekteur der Bundeswehr, im Fluglärmstreit mit der Schweiz vermitteln soll. Das Bundesverkehrsministerium hatte dieses Vorgehen wiederum eng mit den Landkreisen abgestimmt.

„Wir sehen das als guten Ansatz, um auf Grundlage unserer Positionen die südbadischen Interessen einzubringen und gleichzeitig gemeinsam mit der Schweiz Lösungen zu suchen“, betonen die drei Abgeordneten. Denn darum gehe es: Die Interessen der Region seien klar formuliert. Und genauso sei es richtig, nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Voraussetzung für eine Annäherung aus ihrer Sicht sei Vertrauen und als Grundlage dafür Transparenz. Dazu sehen die Abgeordneten das nun angestoßene Verfahren als Chance.

„Klar bleibt für uns aber, dass die demokratisch gewählten Institutionen über Lösungsvorschläge befinden, die im Zuge dieses Prozesses erarbeitet werden“, so die Abgeordneten. Mögliche Ergebnisse würden sie dabei in enger Zusammenarbeit mit den Landkreisen aufgrund der in der Region gemeinsam formulierten Positionen bewerten. „Wir begrüßen die Zusage des Bundesverkehrsministerium, die regionalen Vertreter eng in das weitere Verfahren einzubeziehen“, so die Abgeordneten. Die Geschichte des Fluglärmstreits zeige, dass eine Lösung nur in enger Abstimmung mit der südbadischen Grenzregion gelingen könne. „Es kann nur eine Lösung mit Südbaden geben“, so die drei Abgeordneten abschließend.